



Agnes Alpers Aktuell



**Mitten unter uns –
und doch oft nicht
gesehen**

Liebe LeserInnen,

zum Jahresabschluss haben wir uns in unserem Newsletter Menschen und Problemen zugewendet, die im Alltag selten im Lebensmittelpunkt stehen: Menschen mit Aids, junge Menschen im Gefängnis, sterbende Kinder, missbrauchte Mädchen, Menschen in der Bahnmissionsmission.

Wir haben verschiedene Institutionen besucht und wollen damit einen kleinen Einblick in die gesellschaftlich notwendige und gute Arbeit in diesen Bereichen geben.

Erweitern werden wir diese Schwerpunkte „mit den Unsichtbaren“ durch einen kleinen Ausschnitt meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete: 300.000 junge Menschen zwischen Schule und Beruf im sogenannten Übergangssystem, 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne Berufsausbildung – aber immer noch wird das Bild vermittelt, dass es mehr freie Ausbildungsplätze als BewerberInnen gibt.

Und wir berichten vom Vorlesetag. In diesem Jahr habe ich die Kinder darum gebeten, ihre Wünsche aufzumalen und danach haben wir ihre Wünsche wie „Ich wünsche mir einen großen Wald zum Fliegen“ zu den Bildern geschrieben.

Hinweisen möchte ich auf eine Aktion von Bundestagsabgeordneten. „Weihnachten für alle“ – die Bundesregierung hat bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze die Weihnachtsbäume gestrichen, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag haben gespendet und verteilen nun am 21.12.2012 in drei Städten Weihnachtsbäume.

Ich selbst wünsche allen einen schönen Ausklang des Jahres 2012 und alles Gute für das Jahr 2013.

Ihre/eure
Agnes Alpers



Inhalt

Inhaltsverzeichnis	Seite 2
Weihnachtsbäume für alle	Seite 2
Giselle Gründlich	Seite 3
Ein guter Zug – Die Bremer Bahnhofsmision	Seite 4
Die AIDS-Hilfe Bremen	Seite 6
Mauern Öffnen – Kunst im Knast	Seite 8
Das Kinderhospiz Löwenherz	Seite 10
Der Verein Nitribitt.....	Seite 12
Schattenriss	Seite 14
Überlegungen zur sozialen Lage der Stadt	Seite 16
Vorlesetag 2012	Seite 18
Bertolt Brecht: Bitten der Kinder	Seite 19
Auf ein Wort: 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsausbildung ..	Seite 20
Die bisherigen Newsletter.....	Seite 24
Impressum	Seite 24

Weihnachtsbäume für alle

Die Bundesregierung streicht bei den Regelsätzen die Weihnachtsbäume, die Christsterne und den Glühwein.

DIE LINKE fordert 500 Euro Regelsatz und die Teilhabe für alle zu gewährleisten. Aus diesem Grunde haben wir uns als Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE auf den Weg gemacht: Wir haben Geld gespendet, damit am 21. Dezember in Osnabrück, Salzgitter und Wilhelmshaven Weihnachtsbäume verteilt werden können. In Wilhelmshaven am Freitag, 21. Dezember, um 13 Uhr am Banter Markt werden die Abgeordneten Agnes Alpers, Wolfgang Gehrke und Axel Troost für die Verteilaktion vor Ort sein.

Agnes Alpers meint dazu: „Wo sind wir angekommen, wenn eine Regierung allein Familien im SGB-II -Bezug schon die Tannenbäume zu Weihnachten streicht? Mit unserer Aktion

wollen wir deutlich machen, dass diese schwarzgelbe Regierung die Grenzen wieder einmal klar überschritten hat – und wir überall Zeichen setzen müssen, dass mit diesen Kürzungen endlich Schluss gemacht werden muss.“

Je 100 Euro haben gespendet:

Jan van Aken, Agnes Alpers, Dr. Dietmar Bartsch, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Dr. Martina Bunge, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dagdelen,

Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittich, Wolfgang Gehrke, Diana Golze, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosi Hein, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Stefan Liebich, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Thomas Nord, Jens Petermann, Richard Pitterle, Ingrid Remmers, Paul Schäfer, Kathrin Senger-Schäfer, Dr. Petra Sitte, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Kathrin Vogler, Johanna Voss und Harald Weinberg.



GISELLE GRÜNDLICH

Giselle Gründlich ist eine fiktive Figur, die meint im Abgeordnetenbüro von Agnes Alpers als Reinigungsfachkraft zu arbeiten. Leider kommt sie ihrer eigentlichen Aufgabe nur gelegentlich nach, denn der politische Alltag holt sie immer wieder ein, zumal sie fest davon überzeugt ist, auch in politischer Hinsicht für Ordnung sorgen zu müssen und sich verpflichtet fühlt, an dieser Stelle ihre Meinung darüber kundzutun.



Guten Tag,

Agnes hat mich gebeten, auch für diesen Newsletter, früher hieß so etwas Rundbrief, zu schreiben. Mache ich doch gerne, das zeigt doch auch, dass meine Meinung geschätzt wird, auch wenn meine Kollegen mich manchmal so komisch anblicken, weil ich wieder nicht zum Staubsaugen gekommen bin.

Hier sollen nun ja mal viele von den Menschen zu Wort kommen, denen man sonst eher nicht so gerne zuhört, meist Menschen mit einer bewegten Lebensgeschichte. Eigentlich schade, denn ich habe die Texte hier ja alle schon gelesen und festgestellt, dass gerade sie uns viel zu sagen haben. Auch wenn Agnes meint, dass gerade ich oft viel zu viel über meine Nachbarn wisse,

so stimmt das nicht immer, denn manchmal weiß man auch zu wenig. Ich auch. Wir gucken viel zu wenig in die manchmal dunklen Ecken unserer Gesellschaft (Ist das nicht ein schöner Satz? Ich gehe jetzt regelmäßig in eine Schreibwerkstatt, da lernt man so etwas.).

Ich bin ja nicht so, ich gucke schon immer sehr gerne sehr genau hin, Agnes meint, dass sei Neugierde, ich halte es für Interesse an meinen Mitmenschen. Aber viele wollen nichts mit denen zu tun haben, die anders leben als sie selbst. Ganz schön doof, denn das kann sehr spannend sein. Außerdem habe ich gelernt, dass fast alle Menschen aus ganz vielen verschiedenen Facetten bestehen (auch wieder so ein schöner Satz).

Ich musste erst einmal im Wörterbuch nachschlagen, was eine Facette ist: eine der vielen Flächen eines geschliffenen Edelsteins. Das heißt doch, dass jeder Mensch so wertvoll wie ein Edelstein ist und ganz viele Seiten hat, schlechte und gute, fragwürdige und ehrenvolle, hässliche und schöne.

*Mit freundlichen Grüßen
Frau Giselle Gründlich*

PS: Ich interessier' mich jetzt für meinen Nachbarn, den netten Hausmeister aus dem Erdgeschoss. Der hat auch so eine bewegte Lebensgeschichte, ist also ein Edelstein mit ganz vielen Facetten. Jetzt, wo die Abende so lang und dunkel sind, kann ich ihn doch mal auf ein Glas Glühwein zu mir einladen. Und er sieht auch noch so gut aus...

Ein guter Zug

Über 100 Jahre Bahnmissionsmission Bremen

Die Bremer Bahnmissionsmission wurde 1898, drei Jahre nach Eröffnung des Hauptbahnhofs, als eine der ersten in Deutschland gegründet. Ging es dem Verein damals darum, junge Frauen, die als Dienstmädchen nach Bremen kamen, „vor den Gefahren der Großstadt zu schützen“, stehen heute Aufgaben im Mittelpunkt, die nur noch bedingt mit dem Bahnhof zu tun haben. Als zentraler Anlaufpunkt ist er aber der Standort der Mission geblieben.

Noch immer wird Reisenden in misslichen Lagen geholfen, ein Großteil der Gäste sind aber auf ihrer Reise durchs Leben gestrandet. Wie, warum und wann – wenn sie darüber reden wollen, finden sie ein offenes Ohr und Hilfestellungen. Wenn nicht, gibt es dennoch täglich ein heißes Getränk, meistens einen Imbiss dazu und eine halbe Stunde zum Durchwärmen, dann müssen sie weiter ziehen. Im Winter darf jeder zweimal am Tag reinschauen, egal warum, egal in welchem Zustand. Nur wer volltrunken oder aggressiv auftaucht, wird verwiesen. Selbst diejenigen, die im Bahnhof eigentlich Hausverbot haben, dürfen durch den Nebeneingang bis zur Mission. Allen schlägt ein freundliches Lächeln, ein nettes Wort von einem der 30 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen oder von Leiter Rüdiger Mantei selber entgegen. Jeder wird gesiezt. Nur Alkohol und Drogen müssen draußen bleiben – die Polizei übrigens auch. Es gilt die Abmachung: Keine Einsätze oder Festnahmen in den Räumen der Bahnmissionsmission. Sicher kein rechtsfreier Raum und auch kein Himmelreich auf Erden, aber eine Oase in einem Alltag, der für die meisten Menschen wahrscheinlich unvorstellbar ist.

Bereits wenige Monate nach der Gründung der Bahnmissionsmission am Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine hauptamtliche „Berufsarbeiterin“ eingestellt. Sie hielt sich auf dem Bahnhof auf, um den zureisenden Mädchen und jungen Frauen ihre Hilfe anzubieten. Plakate in den Zugabteilen wiesen bei der Anreise nach Bremen auf die Bahnmissionsmission hin. Schon bald nahm sich die Bahnmissionsmissionarin auch der allein reisenden Frauen und Mütter an, die



Rüdiger Mantei, Leiter der Bremer Bahnmissionsmission, mit Agnes Alpers.

nach Bremen kamen, um von hier aus in die USA auszuwandern. Ein bisschen schließen sich die Kreise, wenn heute wieder junge Prostituierte die Hilfe der Mission suchen. Rund 60 bis 70 Prozent der Gäste aber sind männlich, schätzt Mantei.

Im Wohlfahrtsbereich eingegliedert

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg 1914 stellte die Bahn der Bahnmissionsmission einen eigenen Raum zur Verfügung, der direkt vom Bahnhofsvorplatz sowie vom Wartesaal für Reisende der dritten und vierten Klasse zugänglich war. Im Ersten Weltkrieg wuchs die Arbeit so stark an, dass die „Berufskraft“

damit begann, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen anzuwerben. Sie sind seit dieser Zeit unverzichtbarer Teil der Arbeit geblieben. In der Weimarer Republik mit seinen neuen Sozialgesetzen wurde von der Bahnhofsmision eine Eingliederung in den gesamten Wohlfahrtsbereich verlangt. Die Bahnhofsmision rückte näher an den Verein für Innere Mission heran und gab die Begrenzung auf junge Frauen und Mädchen auf. Sie wurde zu einem „Fürsorgedienst“, der sich aller Probleme im Bahnhof annahm und eng mit den kirchlichen und sozialen Einrichtungen der Stadt zusammenarbeitete.

Die Schließung der kirchlichen Bahnhofsmissionen durch die Nationalsozialisten erfolgte schließlich am 15. Juni 1938, ein Bahnhofsdienst der „nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ übernahm bis zur Neugründung im Mai 1945 durch den Verein für Innere Mission die Aufgaben.

Im Juni 1945 gab es erstmalig auch eine katholische Beteiligung durch den Caritasverband Bremen, die bereits vor dem zweiten Weltkrieg immer wieder geplant und versucht wurde. Seitdem ist die Mission ökumenisch aufgestellt. Zu den ersten Aufgaben der Nachkriegszeit gehörte die Betreuung von Flüchtlingen und von heimkehrenden Kriegsgefangenen. Es musste unter erbärmlichsten Verhältnissen in zwei kleinen Wellblechhütten auf der Südseite von Gleis 1a gearbeitet werden. Erstmals 1950 konnte ein eigene Gebäude am Gleis 1 bezogen werden. Dieses besteht heute nicht mehr.

Hochzeit auf dem Bahnhof

Seit dieser Zeit werden von der Bremer Bahnhofsmision täglich 140 bis 200 Personen betreut. Nur zu einem Teil sind es hilfsbedürftige „Normalreisende“ wie Kinder, alte Menschen, Gehbehinderte oder Blinde. Zum anderen Teil gehören auch zu bundesrepublikanischen Zeiten Menschen in besonderen Nöten: früher erste „Gastarbeiter“ oder Reisende und Flüchtlinge aus der DDR. Wohnungslose jeder Nationalität, aus der Haft Entlassene, Drogenabhängige, Alkoholranke und psychisch verwirrte Menschen kommen nach wie vor. Für viele von ihnen ist die Bahnhofsmision der einzige Ort, an dem sie ohne Ansehen ihrer Person nicht nur ein hei-

ßes Getränk erhalten, sondern auch ein gutes Wort, Trost, Rat und konkrete Unterstützung bekommen können. Manchmal auch mehr, wie Rüdiger Mantei erzählt. Ein Paar, beide durch heftigste Lebenskrisen gegangen, hat sich in der Mission kennen und lieben gelernt. In diesem Jahr wurde standesamtlich geheiratet. Im nächsten Jahr wollen beide die kirchliche Hochzeit feiern – in der Bahnhofsmision.

> Bahnhofsmision Bremen

Hauptbahnhof, Ausgang Süd/Ostflügel

Bahnhofsplatz 15, 28195 Bremen

Telefon: 0421 / 13483 - Fax: / 2414390

Ansprechpartner: Rüdiger Mantei

E-Mail: mantei@inneremission-bremen.de

Öffnungszeiten: wochentags 8 bis 20 Uhr,

Wochenende und feiertags 10 bis 19 Uhr

Die Bahnhofsmision gibt Auskünfte und unterstützt bei Verständigungsschwierigkeiten. Zum Beispiel wer gehörlos, schwerhörig, blind, seh- oder sprachbehindert ist, schlecht oder gar nicht Deutsch spricht findet hier Hilfe.

Kranken, Verletzten oder Gehbehinderten (auch nur sehr alten oder sehr jungen Menschen), wird beim Ein-, Aus- und Umsteigen begleitet; es gibt eigene Rollstühle und Gepäckwagen.

Allein reisende Kinder werden in dem Programm „Kids on Tour“ begleitet – zum Beispiel solche, die aufgrund der Scheidung ihrer Eltern häufig hin- und herreisen müssen.

Wenn die Fahrt nicht mehr weitergeht oder jemand eine Pause benötigen, gibt es Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten.

Außerdem gibt es den so genannten „Raum der Stille“ zum Zuhören und zur Aussprache, Dort werden wöchentlich auch Andachten angeboten.

Wer Unterstützung benötigt, wird an die dafür zuständige Fachstellen der Sozialarbeit und anderen Diensten in der Stadt vermittelt.

Still- und Wickelmöglichkeiten für Kinder gehören ebenfalls zum Angebot.

Der Dienst wird überwiegend durch sozial engagierte Ehrenamtliche geleistet, die jeden Tag für hilfsbedürftige Menschen ansprechbar sind. Die Trägerschaft haben der Verein für Innere Mission und der Caritasverband Bremen e.V..

AIDS-Hilfe Bremen



In Deutschland leben zur Zeit 78.000 Menschen mit HIV oder Aids. Jeden Tag erkranken hier zehn Menschen an HIV. Trotz vielfältiger Aufklärungsmaßnahmen hat sich seit Mitte der 90er-Jahre die Zahl der Infizierten verdoppelt.

HIV-positiv? Oder gar AIDS? Das sind immer noch Schreckensworte. Wer davon betroffen ist, hat Angst, möchte es vielleicht auch verheimlichen. Aber wer davon berührt ist, braucht auch Hilfe. In den Räumen der AIDS-Hilfe Bremen e.V. am Sielwall wird geholfen. Beratungen, Begleitung, Schnelltest bis hin zur Sterbebegleitung – all das leisten die MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe, und das ohne jede finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Im Jahre 2004 wurden der AIDS-Hilfe alle öffentlichen Gelder gestrichen. Finanziert wird das Projekt heute im wesentlichen durch Spenden.

In das vom Erlös einer Erbschaft eines Klienten der AIDS-Hilfe erworbene Haus, direkt an der Sielwall Kreuzung im Bremer Viertel, kommen Menschen aus allen Schichten und allen Kreisen, täglich circa 25. Von der drogensüchtigen Altjunkie, die sich die Nadel mit einer Leidensgenossin geteilt, bis hin zum biederem Familienvater, der sich selbst nie als schwul bezeichnen würde, aber doch gerne mal Sex mit Männern hat, doch das insbesondere vor seiner Frau geheim halten möchte. Sie alle finden den Weg zur AIDS-Hilfe. Hier werden Schnelltests angeboten, genau die gleichen, die auch in Laboren von Ärzten und Gesundheitsämtern zum Einsatz kommen, nur dass man dort sehr viel länger auf das Ergebnis warten muss. Insgesamt elf Mitar-

beiterInnen kümmern sich um Ratsuchende.

Pressereferent Mario Carlo Stara führt diese Tests im Rahmen seiner Präventionstätigkeit durch. Dafür hat er sich extra ausbilden lassen. Eine Arzthelferin aus einer kooperierenden Arztpraxis unterstützt ihn dabei. Der Test wird diskret und anonym durchgeführt. Niemand muss sich hier outen. Die AIDS-Hilfe arbeitet lebensstilakzeptierend. Für die Betroffenen entfallen zudem die nervenzehrenden Wartezeiten. Das Ergebnis ist sofort da. Ist dieses positiv, werden die Patienten nicht allein gelassen, sondern, wenn gewünscht, intensiv betreut. Wo gibt es weitere Hilfe? Wie kann mit der Diagnose ein zufriedenstellendes Leben, auch im sexuellen Bereich weitergeführt werden? Auf diese Fragen muss eine Antwort gefunden werden. Das ist nicht immer leicht und erfordert viel Zeit und Einfühlungsvermögen.

Wer es noch diskreter möchte, dem bietet die AIDS-Hilfe Bremen e.V. ganz neu ab Dezember 2012 einen Test zu Hause an. Ein Mitarbeiter kommt dann zu den Betroffenen in die eigenen vier Wände. Diese Geheimhaltung mag für manche fragwürdig sein, aber das ist immer noch besser, als die Menschen zum einen im Ungewissen zu lassen und den Lebensstil nicht entsprechend der Krankheit zu verändern. Damit werden Menschen erreicht, die sich sonst unter Umständen nie testen lassen wür-

den. Und nur wer seinen HIV-Status kennt, kann mit einem bewussten Umgang andere vor Ansteckung schützen, dazu gehört auch die regelmäßige Blutuntersuchung beim Arzt und eine Antiretrovirale Therapie, kurz „ART“. Das meint, dass mehrere Wirkstoffe gleichzeitig eingesetzt werden.

Darüber hinaus wird von den MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe auch Aufklärung in Schulen angeboten. Stara weiß zu berichten, dass noch immer ein fast unglaubliches Unwissen herrscht über die Möglichkeiten der Ansteckung, gerade bei Jugendlichen. Nicht zuletzt will er bei seiner Arbeit in Schulen auch Akzeptanz schaffen für HIV-positive Menschen.

Auch wenn Thomas Elias und Mario Carlo Stara immer wieder betonen, dass ein HIV-positiver Mensch längst nicht so ansteckend ist, wie vielerorts noch geglaubt wird und dass die Krankheit dank medikamentöser Unterstützung heute einen sehr viel weniger dramatischen Verlauf nimmt als noch vor einigen Jahren, gibt es doch immer noch Menschen, die an den Folgen der Erkrankung sterben. Sie auf diesen letzten Weg zu begleiten ist wohl eine der schwersten Aufgaben des Teams. Zur Zeit sind es 22, die zu Hause oder in einer Wohngemeinschaft ihre letzten Wochen oder Monate liebevoll umsorgt, aber auch selbstbestimmt und in Würde verbringen.



Geschäftsführer der AIDS-Hilfe Bremen ist Thomas Elias.

> AIDS-Hilfe Bremen e.V.
Ansprechpartner: Thomas Elias
Sielwall 3, 28203 Bremen
Telefon: 0421 / 3363630

Die aktuelle Situation in Bremen:

In Bremen leben ca. 1200 Menschen mit HIV/Aids, davon ca. 930 Männer und ca. 290 Frauen.

Neben der persönlichen Begleitung der Ratsuchenden leistet die AIDS-Hilfe noch weiteres:

Die AIDS-Hilfe Bremen e.V. hat täglich ca. 25 BesucherInnen. Sie betreuen derzeit 22 Menschen im Projekt „Betreutes Wohnen“ und monatlich suchen 48 – 55 Menschen mit HIV/Aids die offene Beratung auf. Die telefonische Beratung wird ca. zehn mal täglich in Anspruch genommen und es erfolgen zusätzlich zwei bis sechs Email-Beratungen am Tag.

In Kooperation mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften vermittelt die AIDS-Hilfe durchschnittlich in ca. 20 Fällen im Jahr Wohnraum und leisten in über 250 Fällen finanzielle Hilfestellung und zahlen zusätzlich über den Krisenfonds in 30 Fällen Geld aus Eigenmitteln aus. Sie führen ca. 22 Schulaufklärungsveranstaltungen und acht Fortbildungen für andere Träger im Jahr durch und sind bei über 20 Präventionsveranstaltungen in der Öffentlichkeit präsent.

Im Jahre 2004 wurden der AIDS-Hilfe Bremen e.V. alle öffentlichen Gelder gestrichen. Die Wichtigkeit einer Institution, die für alle Betroffenen gleichermaßen da ist und Betreuung und Aufklärungsarbeit leistet, ist angesichts steigender Infektionszahlen unumstritten. Sie arbeiten ständig an neuen Konzepten, um die Menschen zu erreichen, die sich von den noch verbreiteten Präventionsstrategien und Maßnahmen der 80er und 90er nicht mehr angesprochen fühlen.

Übrigens ist die leider immer noch oft gestellte Frage: „Huch, ich habe jemanden geküsst, kriege ich nun Aids?“ absolut zu verneinen. Nee, vom Küssen kriegt weder Mann noch Frau Aids oder wird HIV positiv!

Mauern öffnen. – Kunst im Knast



Zu Besuch in der Bildhauer-Werkstatt der JVA Bremen: Die Künstler und Mitarbeiter Klaus Effern, Stefanie Supplith und Martina Benz sowie Hans Henning Hoff, Vorsitzender des Vereins „Mauern öffnen“, empfangen Agnes Alpers (von links).

Kunst kann man nicht einsperren, aber sie kann auch hinter Gefängnismauern entstehen. „Mauern öffnen“ heißt der Verein, der seit über drei Jahrzehnten eine Bildhauer-Werkstatt in der Justizvollzugsanstalt Bremen in Oslebshausen betreibt. Keine Therapie oder Freizeit-Beschäftigung, sondern eine Arbeit für Häftlinge, begleitet und angeleitet von Künstlern, keinen Vollzugsbeamten.

Auf dem Buch, das 2003 zum 25-jährigen Bestehen der Werkstatt erschien, ist eine Schildkröte mit einer Rose auf dem Rücken zu sehen. Eine Metapher, die der Arbeit des Vereins entspricht: Ein liebliches Symbol bricht den Panzer auf, es kommt etwas zum Vorschein, das keiner unter der harten Schale vermutet hätte. So geht es den Mitarbeitern und auch den Insassen oft selber: Sie sind überrascht, was zu Tage tritt. Wer in „Oslebs“ einsitzt, der hat vorher selten Erfahrungen mit Kunst gemacht. Die überwiegende Mehrzahl der Inhaftierten stammt aus Familien, in denen es ganz sicher um andere Din-

ge ging, als die Kinder an so etwas heranzuführen. Selbst die Erfahrung, dass man selber kontinuierlich an einem Projekt arbeitet, eine Aufgabenstellung erfüllt, und andere das Ergebnis gar noch schön finden, ist für viele neu. Auch wenn sich der Verein „Mauern öffnen“ ganz bewusst keine therapeutische Zielsetzung gibt, irgendwie erfüllt er manchmal trotzdem eben solche.

Die Bildhauerwerkstatt in der JVA entstand 1978 anlässlich eines Wettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Grüngürtels vor der Anstalt. Es waren Zeiten des Umbruchs auf allen sozialen Gebieten, so auch des Umgangs mit Strafgefangenen. Der Resozialisierungsgedanke brachte Kunstprojekte in die Anstalten. Das Wesentliche im Menschen sollte angesprochen und dem Individuum Ausdrucksraum gegeben werden. In der Folgezeit entwickelte sich unter Federführung des Referates „Kunst im öffentlichen Raum“ eine Bildhauerwerkstatt in der JVA unter Anleitung professioneller Künstler. 1997 gründeten die bisher verantwortlichen Ressorts für

Kultur und Justiz den Verein „Mauern öffnen e.V.“ und übergaben diesem die Trägerschaft für die Werkstatt. 2009 wurde stellvertretend für die Arbeit des Vereins der Vorsitzende Hans-Henning Hoff, der bis 1997 Anstaltsleiter in Oslebshausen, dann bis zu seiner Pensionierung als Vormundschaftsrichter war und jetzt ehrenamtlich an seiner alten Wirkungsstätte weiter tätig ist, von Bundespräsident Horst Köhler eingeladen.

Drei verschiedene Werkstatt-Bereiche

Die Werkstatt teilt sich in drei Sektionen. Der Erwachsenen-Bereich ist ein ganz normaler Arbeitsbetrieb, in dem Gefangene ganztägig und zu den selben Bedingungen wie in den anderen Werkbetrieben der JVA, zum Teil über mehrere Jahre hinweg, arbeiten. Unter Anleitung professioneller Künstler erstellen sie Skulpturen aus Stein, Holz und Metall, die dann im öffentlichen Raum Bremens aufgestellt werden. Die Insassen können sich für die Arbeit in der Werkstatt bewerben, künstlerische Vorbildung wird nicht erwartet, lediglich der Wille sich intensiv mit der Bildhauerei zu beschäftigen. Da sie sich acht Stunden pro Tag und fünf Tage die Woche mit der Arbeit beschäftigen, sind immer wieder erstaunliche künstlerische Entwicklungen zu beobachten. Es gibt keine inhaltlichen Vorgaben für die Arbeiten, die Insassen erstellen mit Hilfe der Künstler die Skulpturen nach eigenen Entwürfen und Ideen.

Die Bildhauerwerkstatt für Jugendliche wurde 2001 der Werkstatt für Erwachsene angeschlossen. Zwischen jugendlichen und erwachsenen Inhaftierten gibt es keinen Kontakt. Im Unterschied zu der Erwachsenenwerkstatt werden hier ausschließlich Keramikobjekte hergestellt. Die individuellen Arbeiten entstehen

innerhalb eines gemeinsamen Arbeitskonzeptes, das inhaltlich (beispielsweise Tiere, Büsten, technische Geräte, etc.) oder formal bestimmt sein kann, wie ein Wandrelief oder Keramiksäulen. Die Jugendlichen werden von einer Arbeitszuweiserin vorgeschlagen und bleiben nach einer Probezeit zwei bis acht Monate in der Werkstatt. Die Arbeitszeiten und die Entlohnung entspricht anderen Betrieben der JVA. Sich als Individuum integrieren, mit einer zielgerichteten Tätigkeit eigene Möglichkeiten entdecken, kreative, schöpferische Kräfte den Zerstörerischen entgegenzusetzen, sind positive Erfahrungen, die junge Gefangene in der Bildhauerwerkstatt machen können. Auch die hier entstehenden Arbeiten sollen einen Platz im öffentlichen Raum finden.

Wunsch nach Freiheit

Der dritte Bereich, die Außenwerkstatt, war seit 2006 auf dem Gelände der früheren Werft „AG Weser“ tätig und gibt ehemaligen Gefangenen eine Beschäftigung. Dafür stehen vier InJobs zur Verfügung. Auch Freigänger aus der JVA sind willkommen. Vorzugsweise werden Männer aufgenommen, die schon in der Bildhauerwerkstatt gearbeitet haben. So wird eine sozialpädagogische Begleitung durch Straffälligen-Vereine gefördert, um die Resozialisierungs-Chancen zu verbessern. Vor drei Jahren konnten neue Räume in der Sonnemannstraße im Außengelände der JVA bezogen werden.



Aufgaben sind hier beispielsweise die Restauration der bereits aufgestellten Skulpturen im öffentlichen Raum, aber auch die Herstellung neuer Skulpturen, oft für spezielle Projekte wie für Kinderheime oder Kirchen. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, mit Fördermitteln, sowie durch Aufträge und Spenden gefördert.

Seit 2004 arbeitet „Mauern öffnen“ zusammen mit gemeinnützigen Organisationen, insbesondere mit der Bremische Evangelische Kirche. Es werden Konzepte für Innen- und Außenraumgestaltungen von Gemeindehäusern, Kindergärten und ähnliches erarbeitet, wobei den Wünschen und Bedürfnissen der Projektpartner Ausschlag gebend

Agnes Alpers besuchte den Verein „Mauern Öffnen“ in der JVA Bremen und meinte nach dem Besuch bei den Gefangenen: „Es war beeindruckend, wie viel Kreativität Menschen haben, die vorher nichts mit den Bereichen der künstlerischen Arbeit zu tun hatten. Das macht auch bei mir Lust auf mehr.“

sind. Das bietet den Skulpturen ein öffentliches Forum, den Insassen neue Inspiration, sich mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen, und den Einrichtungen einen Gewinn durch höhere und individuellere Gestaltung ihrer Gebäude. Die Außenwerkstatt unterstützt die Umsetzung, indem sie die baulichen Notwendigkeiten, wie die Herstellung von Fundamenten und den Versatz der Skulpturen übernimmt. Außerdem können die späteren Nutzer, beispielsweise Kita-Kinder oder die Bewohner eines Heims, mit in die Produktion einbezogen werden. Freigang für Insassen zur Aufstellung ihrer Werke ist im Gegensatz zu früheren Jahren kaum mehr realisierbar, berichtet Hoff. Manch einer nutzte eine solche Gelegenheit für einen längeren, ungeplanten Hafturlaub. Der Wunsch nach Freiheit ist im Realen eben noch größer als in der Kunst.

**> Bildhauerwerkstatt in der JVA Bremen
Sonnemannstraße 6 28239 Bremen
Telefon: 0421 / 36115711
Fax: 0421 / 49615711
E-Mail: mauern.oeffnen@web.de**

Das Kinderhospiz „Löwenherz“



Das Kinderhospiz „Löwenherz“ in Syke bei BreDas Kinderhospiz „Löwenherz“ in Syke bei Bremen nimmt unheilbar erkrankte Kinder und ihre Familien für bis zu 28 Tage im Jahr auf. Die kranken Kinder, bei denen eine Heilung nach dem heutigen Stand der Medizin ausgeschlossen ist, werden von professionellen Pflegekräften rund um die Uhr liebevoll versorgt, während sich Eltern und Geschwister erholen können. Es gibt acht Pflegezimmer für die Kinder sowie acht Familienzimmer. Jährlich kommen bis zu 150 Familien zu „Löwenherz“. Das einzige Kinderhospiz in Bremen und Niedersachsen wird rund zu zwei Dritteln durch Spenden finanziert.

Das Angebot im Kinderhospiz richtet sich immer an die gesamte Familie – einschließlich der Eltern und der gesunden Geschwister. Die Familien können hier gemeinsam für einige Tage oder Wochen zu Gast sein. Das Konzept: Leben bis zum letzten Atemzug. Und das in einer liebevollen Atmosphäre, mit Geborgenheit und viel Zuwendung. Der Aufenthalt hat das Ziel, die Familien mit unheilbar kranken Kindern zu entlasten und zu stärken. Denn die Eltern sichern die Pflege ihres Kindes rund um die Uhr, häufig über Monate oder Jahre. Sie brauchen eine Einrichtung, um mal wieder durchzuatmen – und wo das Kind zugleich nach ihren Wünschen versorgt wird, damit sie anschließend wieder gestärkt nach Hause zurückzukehren können. Auch Sterbebegleitung bietet das Kinderhospiz an.

Im April dieses Jahres ist auf dem Grundstück zusätzlich mit dem Bau eines Jugendhospizes für schwerstkranke Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 24 Jahren begonnen worden. Denn für sie gibt es bisher kein Angebot. Hier sollen sie die erforderliche, intensive Pflege und ihrem Alter entsprechende Angebote erhalten. Das Jugendhospiz ist eine wichtige und notwendige Erweiterung zum Kinderhospiz. Denn die „Großen“ haben andere Bedürfnisse und Interessen als die „Kleinen“ und brauchen Möglichkeiten zur eigenständigen Entwicklung und persönliche Freiräume – auch wenn sie schwerkrank sind und mit dem Leben ringen. Das Haus erhält acht Pflegezimmer, sechs Zimmer für die Angehörigen sowie ein Bewegungsbad für die Jugendlichen und die Kleinen aus dem

Kinderhospiz. Die Baukosten betragen rund 3, 9 Millionen Euro, an denen sich das Land Niedersachsen mit 600 000 Euro beteiligt. Das neue Haus soll im September kommenden Jahres eingeweiht werden. Auch das Jugendhospiz Löwenherz wird dann das einzige in Bremen und Niedersachsen sein.

Heiner Brock

> Kinderhospiz Löwenherz e.V.

Plackenstraße 19

28857 Syke

Telefon: 04242 / 59250

Fax: 04242 / 592525

E-Mail: info@kinderhospiz-loewenherz.de

Ende 2011 existierten in Deutschland zwölf stationäre Hospize und circa 90 ambulante Hospizdienste.

Das Konzept des Kinderhospiz stammt ursprünglich aus England, in Deutschland wurde das erste Kinderhospiz 1998 in Olpe (Nordrhein-Westfalen) eröffnet.

1998 wurde der Verein ‚Kinderhospiz Löwenherz e.V.‘ gegründet und ist seit 2003 in Betrieb. Die Namensgebung bezieht sich auf das Kinderbuch ‚Die Brüder Löwenherz‘ der schwedischen Schriftstellerin Astrid Lindgren.

Der stationäre Bereich des Kinderhospiz Löwenherz ist in Syke, der ambulante Bereich für ‚Bremen und umzu‘, zentral in der Stadt.

Der ambulante Bereich umfasst die Begleitung der schwerkranken Kinder durch ausschließlich ehrenamtliche MitarbeiterInnen, Unterstützung der Familien, Betreuung der Geschwister und Begleitung im Trauerprozess. Die ambulante Hospizarbeit wird in den nächsten Jahren voraussichtlich komplett durch Spenden getragen; hierzu werden mehr als 100.000 Euro benötigt.

Im stationären Bereich begleitet ein multiprofessionelles Team die Kinder und ihre Familien. Finanziert wird der stationäre Bereich nur zur Hälfte von den Krankenkassen und der Pflegeversicherung. Der Rest (ca. 900.000 Euro pro Jahr) muss aus Spenden finanziert werden.



Der Verein Nitribitt

Vorläufer des Vereins war ein ABM-Projekt. Dieses wurde Anfang 1987 von Sozialarbeiterinnen der damaligen Beratungsstelle für Haut- und Geschlechtskrankheiten des Hauptgesundheitsamtes – heute AIDS- und STD- Beratungsstelle, und den Sexarbeiterinnen initiiert.

Vorläufer des Vereins war ein ABM-Projekt. Dieses wurde Anfang 1987 von Sozialarbeiterinnen der damaligen Beratungsstelle für Haut- und Geschlechtskrankheiten des Hauptgesundheitsamtes – heute AIDS- und STD- Beratungsstelle, und den Sexarbeiterinnen initiiert. Mit dem Projekt wurde auf das immer stärker werdende Bedürfnis von Sexarbeiterinnen reagiert, einen unabhängigen Treffpunkt außerhalb des Milieus einzurichten, wo die Frauen offen über ihre Situation reden konnten. Im Hause der Desinfektionsanstalt auf dem St. Jürgen-Krankenhausgelände wurde ein Raum zur Verfügung gestellt. Trotz der ungünstigen Raumverhältnisse wurde das Angebot angenommen.

Im Herbst desselben Jahres gründeten schließlich Prostituierte/ehemalige Prostituierte und Sozialarbeiterinnen Nitribitt e.V.. Ein unabhängiger Verein sollte mehr Möglichkeiten bieten, um die Interessen der Frauen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit konnte die Finanzierung des Mobiliars und einer Grundausstattung des Büros durch den Senator für Gesundheit erreicht werden. Anfang 1988 bezog Nitribitt e.V. seine eigenen Räume in der Stader Straße 1, wo sich auch heute noch der Verein befindet.

Namensgeberin des Vereins ist Rosemarie

Nitribitt, eine bekannte Edelhure aus den 50er Jahren, deren Klientel sich aus gesellschaftlich hochrangigen Herren aus Wirtschaft, Industrie und Politik zusammensetzte. Sie wurde 1957 ermordet. Die Täter wurden nicht gefasst. Die Legendenbildung lässt vermuten, dass Rosemarie Nitribitt - eine Geschäftsfrau mit ordentlicher Buchführung – durch ihr angereichertes Wissen über zu viel Macht verfügte, um weiterleben zu dürfen. Um ihrer zu gedenken, aber auch weil hier die Doppelmoral unserer Gesellschaft so deutlich zutage tritt, wurde das Prostituiertenprojekt nach ihr benannt.

Die Arbeitsfelder von Nitribitt

Sozialrechtliche-, ausländerrechtliche und psychosoziale Beratung- bei Bedarf mit Dolmetscherin. Diese Beratung ist anonym und kostenlos.

Beratung zu Fragen der Gesundheit, vor allem zur Verhütung von STDs, sexuellen übertragbaren Erkrankungen und Informationen über gesundheitspräventive Maßnahmen.

Beratung zur Schuldenregulierung

Unterstützung bei gewünschter beruflicher Neuorientierung.

Beratung für Frauen, die sich für die Prostitutionstätigkeit interessieren und sich ein realistisches Bild von den verschiedenen Prostitutionsbereichen machen möchten.

Aufsuchende Arbeit

Jeden ersten Dienstag im Monat gibt es ein Frühstücksangebot. Gedacht als Treffpunkt, um andere Frauen kennen zu lernen und sich auszutau-

schen, zu vernetzen. Seit 25 Jahren macht der Verein Nitribitt es sich zur Aufgabe, Frauen zu unterstützen, die ihr Geld durch Prostitution verdienen. Die Hilfe beginnt beim einfachen Zuhören und endet manchmal in einem jahrelangen Kontakt, der von vielen auch dann noch gerne in Anspruch genommen wird, wenn sie schon lange aus der Prostitution ausgestiegen sind. Nitribitt, als gemeinnütziger, unabhängiger Verein, setzt sich für die Anerkennung der Frauen, die in der Prostitution arbeiten, ein und hilft, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten und durchzusetzen. Trotz des 2002 in Kraft getretenen Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten, kurz Prostitutionsgesetz hat sich weder an der Einstellung der Öffentlichkeit zu diesem Beruf etwas geändert, noch hat sich die rechtliche oder soziale Situation für die Frauen verbessert.

Anfangs hauptsächlich als ein Treffpunkt und als Beratungsstelle gedacht, sind die Arbeitsbereiche heute vielfältiger. Schwerpunkte der Vereinsarbeit bilden inzwischen, neben dem politischen Engagement, die Betreuung und die Begleitung beim Ausstieg aus der Sexarbeit, Problemen mit Behörden und psychosoziale Beratung, ebenso wie die aufsuchende Arbeit (Streetwork).

Bis November diesen Jahres zählte der Verein 576 Kontakte. Darunter sowohl langjährige Klientinnen, als auch zahlreiche Neuzugänge. Unter diesen sind, durch die EU-Osterweiterung, viele Prostituierte mit Migrationshintergrund. Daher kümmert sich der Verein nun auch um Sprachkurse, ausländerrechtliche Fragen und Durchsetzung von Rechtsansprüchen bei Behörden. Insgesamt hat sich das Prostitutionsmilieu seit der EU-Osterweiterung erheblich verändert. Frauen arbeiten hauptsächlich in Modellwohnungen und sind häufig durch mangelnde Sprach- und Ortskenntnisse auf Unterstützung bei z.B. Behördenbegleitungen angewiesen. Die Diskriminierung von Sexarbeiterinnen, potenziert sich, weil nun auch noch der Status als Migrantin hinzu kommt.

Die Arbeit von Nitribitt erweiterte sich dahingehend, dass nun auch politische Arbeit im Migrationsbereich hinzu kommt. Dabei hilft die bundesweite Vernetzung mit dem bufas e.V: (Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und

Sexarbeiter), wie auch die regelmäßige Teilnahme an Runden Tischen. Es werden Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen formuliert und Forderungen eingebracht. Darüber hinaus setzt sich Nitribitt für den Zugang zum deutschen Gesundheitssystem für EU-Bürgerinnen ein.

Mit der Veröffentlichung von Medien, informiert der Verein Sexarbeitende über ihre Rechte und Pflichten in den Bereichen Steuerrecht, Gewerbeamt, Sperrbezirke, Polizeirecht usw. Für Frauen, die in ihrer eigenen Sprache nicht lesen können, werden mp3-Hördateien bereit gehalten. Durch diese Information im Rahmen von Streetwork, werden die Frauen gestärkt und somit selbstbewusster. Dies kann sie vor ausbeuterischen Verhältnissen und auch übergriffigen Gästen schützen.

Um die Allgemeinheit über Sexarbeiterinnen und Sexarbeit zu informieren, wird u.a. Pressearbeit als Möglichkeit zur Entstigmatisierung genutzt. Darüber hinaus halten die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen von Nitribitt regelmäßig Vorträge in Hochschule, Uni, allgemeinbildenden Schulen, Arbeitskreisen, Fachtagungen und anderen Gremien vor MultiplikatorInnen.

> Nitribitt e.V.

Stader Str. 1 28205 Bremen

Telefon: 0421 / 448662

Fax: 0421 / 4986031

E-Mail: nitribitt_ev@web.de

Beratung wochentags nach Vereinbarung

Offenes Angebot dienstags, 9 bis 15 Uhr

Mit dem Thema „Prostitution und in Abgrenzung davon mit den Themen Zwangsprostitution und Menschenhandel“ werden Agnes Alpers und ihr Team sich in einer speziell zu diesem Thema produzierten Broschüre befassen. Wir wollen das Thema ohne moralinsaurer oder gar voyeuristischen Aspekt bearbeiten. Uns geht es vielmehr um die rechtlichen und sozialen Aspekte, wie: Abschiebung, Zeugenschutzprogramme und Ausstiegsmöglichkeiten sind nur einige Stichworte. Betroffene und mit dem Thema befasste Personen und Organisationen werden zu Wort kommen, Polizei, Gesundheitsamt, andere Hilfsorganisationen ihre Standpunkte und Arbeitsweise aufzeigen können.

Schattenriss

Immer wieder passiert es. Doch darüber zu sprechen wagen viele nicht, noch weniger holen sich Hilfe. Die Rede ist vom sexuellen Missbrauch von Mädchen. Der Bremer Verein Schattenriss hilft Betroffenen und leistet Aufklärungsarbeit. Agnes Alpers informiert sich bei einem Besuch über die Arbeit des Vereins.

Wo kann ein Mädchen Hilfe finden, wenn der Vater, der Lehrer oder der doch sonst immer so nette Junge in der Badeanstalt ihr zu nahe gekommen ist? Mit wem kann ein Mädchen reden, wenn die Mutter ihr keinen Glauben schenkt und die beste Freundin nicht da ist? Der Weg sollte dann zu Schattenriss führen, der Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen in Bremen.

„Mädchen, die sexuellen Missbrauch erlebt haben oder immer noch erleben, sind in ihrer äußerst belastenden Situation auf Verständnis, Zuwendung und praktische Unterstützung angewiesen. Nicht immer können die Menschen in ihrem näheren Umfeld dies alleine leisten. Bei der Beratungsstelle Schattenriss können Mädchen in einem geschützten Raum die Unterstützung und Begleitung erhalten, die sie brauchen“, heißt es auf der Homepage von Schattenriss. Kinderschutz ist die zentrale Aufgabe von Schattenriss.

Aber nicht nur die Mädchen finden hier Hilfe, ebenso Angehörige oder andere Bezugspersonen, die von einem Missbrauch gehört haben oder auch

nur einen vermuten. Ebenso wird Menschen, die bereits missbrauchte Mädchen therapieren oder beraten, Angebote im Bereich Fortbildung oder Präventionsarbeit gemacht. Das Team aus acht Frauen (alle in Teilzeit), von denen zwei in der Verwaltung arbeiten, besteht aus Pädagoginnen, Sozialpädagoginnen und Psychologinnen mit therapeutischen und traumaspezifischen Zusatzqualifikationen, die sich ständig weiterbilden, um dem sensiblen Thema gerecht werden zu können. Wer bei Schattenriss anruft, wird eine geduldige Gesprächspartnerin finden, die zuhören kann und die Eigenständigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des Mädchens respektiert. Wer den Namen nicht nennen will, muss dies nicht tun, wer Täter nicht anzeigen will, muss dies auch nicht tun.

1987 wurde der eingetragene Verein ins Leben gerufen. Er gilt heute als eine der wichtigsten Anlaufstellen für Mädchen und Frauen mit sexuellen Gewalterfahrungen in Deutschland. Immer wieder geht Schattenriss mit Themen in die Öffentlichkeit, die ansonsten einem Tabu unterliegen und sorgt so für eine Auseinandersetzung mit dem Thema, was es den Betroffenen leichter macht, die erlittenen Qualen zu verarbeiten. Denn ein Thema, das in der Öffentlichkeit ist, lässt die Mädchen erkennen, dass sie mit dem Erlebten nicht alleine sind.

Neue Aufgabenfelder kommen hinzu, so der sexuelle Missbrauch von Mädchen mit Behinderungen. (Das Thema gab es zwar schon immer, und wurde auch schon immer bei Schattenriss angegangen. Neu ist die Bielefelder Studie, so dass die Öff-



Schattenriss unterstützt Mädchen und Frauen

- * bei der Bearbeitung sexueller Gewalterfahrungen,
- * wenn jemand psychische oder körperliche Probleme hat, die Folgen von sexualisierter Gewalt sein können,
- * wenn in aktuellen Lebenskrisen alte Erinnerungen wachgerufen werden,
- * wenn jemand vermutet, in der Kindheit sexuell missbraucht worden zu sein,
- * bei der Suche nach einer TherapeutIn,
- * bei der Abklärung der Frage, ob eine Anzeige sinnvoll ist.
- * In rechtlichen Fragen kooperiert Schattenriss mit Rechtsanwältinnen.

Spenden an:
 Sparkasse in Bremen
 BLZ: 29050101
 Kt. Nr.: 1628809

fentlichkeit nun aufmerksamer wird). Diese Gruppe von Frauen oder Mädchen sind oft nur schwer in der Lage den Missbrauch zu verbalisieren oder ihn als tatsächlichen rechtlichen Verstoß gegen sich selbst zu realisieren. Für die Arbeit mit diesen Mädchen braucht es ein besonderes Maß an Einfühlungsvermögen.

Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden, aber die Lebenswirklichkeit und die Zukunftschancen von Mädchen und von Frauen, die in Kindheit und Jugend sexuellen Missbrauch erlebt haben, können verbessert werden. Dazu gehört es, über den erlittenen Missbrauch zu kommunizieren. Ob mit einem Telefonanruf oder über das Internet können Mädchen und Frauen Kontakt zu Schattenriss aufnehmen. Gerade das Internet wird von jungen Mädchen gerne genutzt. In diesem Medium fühlen sie sich zu Hause. Ob es dann zu einer Therapie kommt, bleibt den Mädchen und Frauen selbst überlassen, allein gelassen wird jedoch keine.

Angesprochen werden Mädchen und Frauen in unterschiedlichen Altersgruppen. Die Sprache im Internet und auf der Homepage ist dem Alter der Betroffenen angemessen. So fühlen auch sehr junge Mädchen sich angesprochen.

Die Frauen von Schattenriss sehen es aber auch als eine ihrer Aufgaben an, zur Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen beizutragen, die sexuelle Gewalt begünstigen. „Um diese weitgesteckten Ziele zu erreichen, stehen wir in stetigem Austausch mit unterschiedlichen Beratungseinrichtungen, Behörden, Institutionen und weiteren Fachleuten!, heißt es auf der Homepage. Mit über zehn verschiedenen Arbeitskreisen arbeitet Schattenriss zusammen.

Nicht leicht fällt es den Mitarbeiterinnen, immer wieder auch Frauen oder Mädchen abweisen oder an andere Hilfsorganisationen verweisen zu müssen. Die Kapazitäten reichen nicht aus und so kann sich weder missbrauchter Mädchen, die nicht aus dem Land Bremen kommen, noch betroffenen Jungen angenommen werden. Letztere werden an das Bremer Jungen Büro verwiesen. „Wir sind eine geschlechtsspezifisch arbeitende Einrichtung, wollen daher nur mit Mädchen arbeiten. Gleichzeitig sind wir sehr froh, dass es das Jungenbüro gibt, mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten!“, sagt Sandra Reith von Schattenriss und meint weiter: „dass die Wartezeiten manchmal deutlich zu lang werden.“

Wie bei so vielen Organisationen und Vereinen ist auch bei Schattenriss die Finanzierung ein Dauerthema. Knapp drei Viertel der benötigten Gelder kommen von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Das letzte Viertel muss aus Eigenmittel aufgebracht werden, das heißt im Wesentlichen über Spenden finanziert werden. „Ob Prävention, Beratung oder akute Hilfe: Die Arbeit, die Schattenriss leistet, kostet eine Menge Geld. Zwar erhält Schattenriss eine Grundfinanzierung aus dem Etat des Landes Bremen. Diese deckt jedoch nur für einen Teil der Sach- und Personalkosten“, sagen die engagierten Mitarbeiterinnen und sind dankbar für jede Spende, die bei Ihnen ankommt.

-> Schattenriss e.V.
 Waltjenstr. 140
 28237 Bremen
 Telefon: 0421 / 617188
 Fax: 0421 / 617174
 E-Mail: info@schattenriss.de
 www.schattenriss.de

Überlegungen zur sozialen Lage der Stadt

Das soziale Bild der Stadt Bremen ist geprägt von einem Haushalt, dessen oberstes Ziel es ist, Kürzungen durchzuführen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Umverteilung von unten nach oben.

Die nötige Planungssicherheit bei Projektarbeiten und vielen anderen Arbeitsbereichen ist verloren. MitarbeiterInnen können nur befristet eingestellt werden, meist prekär. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen, aber auch in allen Bundesländern ist längst nicht mehr gewährleistet. In den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziales Gleichgewicht wird es in den kommenden Jahren noch weitere Einschnitte geben, ebenso bei der Feuerwehr und der Polizei. Beide sind mit ihren Problemen bereits mehrfach an die Öffentlichkeit getreten. Das Kürzen geht zu Lasten des Gemeinwohls. Immer mehr Menschen sind auf Hilfsleistungen wie die der Bremer Tafel oder der Suppenküche angewiesen. Ob sich die 19 Milliarden Altschulden wegekürzen lassen, bleibt zudem mehr als fraglich.

Die Lebenssituation vieler Bürgerinnen und Bürger des Landes wird weiter erschwert durch die Hartz-IV-Gesetze. Nicht nur, dass immer mehr Menschen den Regelwerken und oft auch Repressionen durch Ämter ausgesetzt sind; die geltenden Sätze zum Lebensunterhalt reichen schlicht nicht für eine gleichberechtigte Teilhabe im Leben. 374 Euro im Monat sind entschieden zu wenig. DIE LINKE fordert 500 Euro. Die Bundesregierung hat nicht nur Weihnachtsbäume im Regelsatz, sondern auch die Beiträge zur Rentenversicherung gestrichen. Elterngeld und auch das Betreuungsgeld wird nicht an Hartz-IV-EmpfängerInnen gezahlt. Bei jungen Menschen (unter 25 Jahren) gilt immer noch Beschäftigung vor Ausbildung, von dem monatlich berechneten Betrag für Bildung kann man sich am Wochenende noch nicht einmal einen Weserkurier leisten. Statt Teilhabepaket hätte die Bundesregierung ein Ganztagsprogramm in Krippen, Kitas und Schulen mit gesundem Mittagessen auflegen sollen. Die Liste von Ausschlüssen an Teilhabe ist sehr lang

und die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Rot-Grün in Bremen hat 0,00 Euro für arbeitsmarktpolitische Instrumente im Haushalttopf. Sie fördert das System durch die sogenannten Ein-Euro-Jobs den Niedriglohnsektor statt sozialversicherungspflichtige Stellen auszubauen. Immer mehr Arbeitgeber können es sich leisten, extrem geringe Löhne zu zahlen, denn immer mehr Menschen müssen sich damit begnügen, überhaupt einen Job zu bekommen. Und nehmen sie den nicht an, droht das Jobcenter mit Sanktionen. Insgesamt hat die Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr 800 Millionen für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente an die Regierung zurückgezahlt, statt sie für sozialversicherungspflichtige Arbeit, in Aus- und Weiterbildung mit Perspektiven einzusetzen. Armut wird befördert, während sich gleichzeitig die Zahl der Millionäre im Land verdoppelt hat. So wird die soziale Spaltung der Stadt immer größer.

Schon bei den Kleinsten fängt das Kürzen an. Mindestens 1.000 Plätze fehlen beim Krippenausbau. Ab August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr für 35 Prozent der Kinder. Die Bundesregierung hat zur Umsetzung ein (Bau-)Förderprogramm aufgelegt, bei dem die Länder zehn Prozent der Kosten zahlen. Senatorin Stahman hat bis heute noch nicht alle Gelder vom ersten Programm abgerufen. Statt nun in bauliche Um- und Neubauten zu investieren, gibt die Senatorin lieber viel Geld für Gutachten zum Bedarf an Krippenplätzen aus. Da die Ergebnisse aber nicht ihren Wünschen entsprechen, verpuffte so nicht nur das Geld (dies hätte lieber gleich ins Programm gesteckt werden können), sondern sie betreibt immer noch den Etikettenschwindel, Spielkreise (im Schnitt zwei- bis dreimal wöchentlich für zwei Stunden) als vollwertige Versorgung mit einzuberechnen – Moggelpackungen, um die bundesweiten Statistiken zu schönen und den Bedarf einfach runter zu rechnen. Die Familien und die Kinder bleiben bei Rot-Grün leider im Regen stehen.

Als DIE LINKE fordern wir, die baulichen Mittel abzurufen, bedarfsgerechte Ganztagsangebote zu schaffen, ErzieherInnen für Krippen umfassend auszubilden und die Gruppengrößen nicht nach oben zu schrauben. Aber auch die Tagesmütter müssen besser abgesichert und ausgebildet werden. Kinder sind unsere Zukunft. Wer früh und nachhaltig in Bildung investiert, schafft Perspektiven.

Unlängst hat das Kürzen zum Rücktritt der Senatorin für Bildung und Gesundheit geführt. Sie meinte, den durch die Kürzungen entstandenen Zustand im Bildungsressort nicht länger mitverantworten zu können. Ihr stünden einfach nicht mehr die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Der Kürzungswahn im Bildungsressort führt dazu, dass die Klassenfrequenz wieder erhöht werden könnten, die Schüler-Lehrer-Relation sich wieder verschlechtert, der Ausbau der Ganztagschulen weiter aufgeschoben wird und die Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern wieder zentral stattfinden wird. 300 regulär freiwerdende Stellen durch in Pension gehende LehrerInnen können ab Mitte 2013 nicht vollständig wiederbesetzt werden, das Budget im Haushalt ist zu knapp bemessen. An finanzieller Unterstützung für Inklusion, an Weiterbildung und Fortbildungen wird schon gar nicht mehr gedacht. Gute Bildung ist die Grundlage für Perspektiven der Einzelnen, für die Stadt, das ganze Land. Rot-Grün verramscht das zukunftsweisende Gut Bildung und ruiniert damit die Zukunft unser Kinder und unserer Stadt.

Neben Bildung und Arbeit stehen wir in unserer Stadt vor der großen Herausforderung, tausendfach bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, mal ganz abgesehen von der Frage, dass wir Menschen, die hier mitten unter uns nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben, in allen Stadtteilen – auch in Schwachhausen – willkommen heißen sollten.

Ausgrenzung und Armut wird aber auch im Bereich der älteren MitbürgerInnen zunehmen; altersgerechte und bezahlbare Formen des Lebens und der Pflege, Teilhabe am Leben in unserer Stadt, das sind Punkte, wo politische Handlungsfähigkeit hier und heute gefragt ist. Wenn wir uns den Bericht der Arbeitnehmerkammer

zur sozialen Lage der Menschen mit Migrationshintergrund ansehen und an die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung denken, so sind wir noch weit entfernt von dem, wo wir als Stadt stehen könnten: Sozial – gerecht – gleichberechtigte Teilhabe für alle. Leben in einer Stadt, die gegen die soziale Spaltung vorgeht, statt sie zu zementieren. Und schon sind wir mitten in der Finanzpolitik: Wie sollen wir die Schuldenbremse einhalten, wo sollen wir das Geld hernehmen, wo können Wege realistisch beschritten werden?

I. Die Schuldenbremse ist unter diesen Bedingungen nicht einzuhalten und dies weiß insgeheim auch die rot-grüne Landesregierung. Das Einzige was passiert, sind weitere Kürzungen, die die soziale Spaltung weiter vorantreiben.

II. Deshalb benötigen wir einen Politikwechsel, und zwar sofort:

1. Als Linke wollen wir von oben nach unten umverteilen. Dies soll durch eine Millionärssteuer, Erbschaftssteuern, Finanztransaktionssteuern, erhöhte Körperschaftssteuer und vieles mehr umgesetzt werden. Umverteilen bedeutet Mut; den Mut von oben nach unten umzuverteilen. Das ist der einzige Weg, um die soziale Schieflage wieder umzukehren. Die Aufgabe unserer Landesregierung besteht darin, solche Umverteilung bei den Steuern zu unterstützen, solche Vorschläge kontinuierlich im Bundesrat einzubringen und nur auch immer wieder konkrete Anträge zu Landesfinanzierungsausgleich einzubringen.

2. Politik heißt aber nicht nur Geld, sondern auch Beteiligung/Mitbestimmung. Nicht nur Beiräte müssen auf kommunaler Ebene mehr Entscheidungen treffen können, sondern das Wissen, die Kompetenzen von Wissenschaft, Institutionen, Vereinen, Initiativen, von allen BürgerInnen müssen bei der alltäglichen Politik mit/einbezogen werden – und dies nicht nur formal, sondern konkret.

Die Schuldenbremse ist also weder alternativlos noch einzuhalten. Deshalb besteht unsere Chance in dem Weg: Umverteilen und alle an Demokratie beteiligen.



Agnes Alpers liest in einem Findorffer Kindergarten zum Vorlesetag 2012

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages las die Bremer Bundestagsabgeordnete Agnes Alpers in diesem Jahr, Mitte November, im Stadtteil Findorff den Kindern aus der Kita Leipziger Straße vor. Die Abgeordnete wohnt selbst in dem Stadtteil.

Agnes Alpers las 20 Kindern vor, um danach mit den Kindern gemeinsam die Geschichte in



Bildern umsetzen und die Wünsche der Kinder zu malen. Die kleinen Kunstwerke werden eingerahmt und im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten im neuen Jahr ausgestellt. Außerdem spendete die Bundestagsabgeordnete noch weitere Bücher für die Arbeit in der Kita.

Der bundesweite Vorlesetag ist eine Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn. Der Aktionstag soll zum Lesen und Vorlesen animieren. Jedes Jahr folgen der Aufforderung um die 10.000 Menschen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern oder anderen Einrichtungen.

Agnes Alpers meinte bereits vorab: „Ich freue mich darauf, in diesem Jahr in der Kita vorzulesen, in der schon meine jüngere Tochter schöne Jahre verbracht hat. Lesen mit Kindern macht Spaß und macht Lust auf mehr. Kontinuierliches Vorlesen und selber lesen sind gute Grundlagen, um sich die Welt zu erschließen. Bei der Vorleseaktion in der Kita Leipziger Straße möchte ich nach dem Vorlesen



gemeinsam zu der Geschichte Bilder malen, diese einrahmen und dann in meinem Wahlkreisbüro ausstellen. Ich freue mich darauf den Kindern vorzulesen.“

Die vorgelesene Geschichte handelte von der „kleinen Hexe“ Lisbet, geschrieben von Christian Becker, die durch Nachdenken und Schläue schon den Hexenspruch findet, den eigentlich erst „große Hexen“ finden können.

Wir haben die Kinder nach dem Vorlesen darum gebeten, doch das aufzumalen, was sie sich wünschen. Die Kinder haben dann erzählt, was sie gemalt haben und gesagt, was wir unter ihr Bild schreiben sollen.

Die Wünsche der Kinder:

- * Ich wünsche mir, dass Mano und Luigi meine Freunde sind.
- * Ich möchte Bauer werden.
- * Ich möchte Tänzerin werden.
- * Ich wünsche mir einen Baum.
- * Ich wünsche mir, dass ich zaubern kann.
- * Ich möchte Blumenpflückerin werden.
- * Ich möchte auf der Bühne stehen und singen und fliegen.
- * Ich wünsche mir einen großen Wald zum Fliegen
- * Ich wünsche mir ein Herz.
- * Ich wünsche mir, dass meine Mama aus dem Haus rauskommt.
- * Er hat Angst vor Wasser. Ich wünsche mir, dass er ins Wasser geht und keine Angst mehr hat.
- * Ich wünsche mir, dass die Sonne scheint.
- * Ich möchte Lehrerin werden.
- * Ich auf die Bühne, zum Ballett.

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.

Bomber sollt man nicht kennen.

Die Nacht soll für den Schlaf sein.

Leben soll keine Straf sein.

Die Mütter sollen nicht weinen.

Keiner soll müssen töten einen.

Alle sollen was bauen.

Da kann man allen trauen.

Die Jungen sollen´s erreichen.

Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht (1898-1956)

AUF EIN WORT: 1,5 MILLIONEN MENSCHEN ZWISCHEN 20 UND 29 JAHREN OHNE BERUFSAUSBILDUNG

Wir haben es heute schon zu Hauff von den Regierungsfractionen gehört: Die Ausbildungsplatzchancen steigen, es gibt scheinbar mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als Bewerberinnen, das einzige Problem, was wir haben, ist nur noch, dass freie Ausbildungsstellen besetzt werden müssen.

Schauen wir uns allerdings die Zahlen im Berufsbildungsbericht 2012 genau an, so müssen wir doch erst einmal feststellen, dass von den 538.245 gemeldeten AusbildungsbeWERBERInnen bei der Bundesagentur für Arbeit nur 275.147 in eine Berufsausbildung eingemündet sind. Also nur gut die Hälfte hat wirklich einen Ausbildungsplatz erhalten.

Bei über 100.000 (100.390) Menschen ist der Verbleib bekannt, aber sie haben keine Ausbildung erhalten. Und dann sind da fast 86.000 (85.968) BewerberInnen ohne Angaben zum Verbleib. Beide Gruppen werden unter der Rubrik „vermittelt“ verbucht, obwohl sie keine Ausbildung erhalten haben. Und dann sind da auch noch 65.000 Menschen, die zum Beispiel eine berufsvorbereitende Maßnahme oder die Schule weiter besuchen oder an einer Eingangsqualifizierung teilnehmen. Hier läuft der Vermittlungsauftrag zwar weiter, aber auch sie hatten sich ursprünglich bei der Bundesagentur gemeldet, um eine Ausbildungsstelle zu erhalten.

Wenn wir die gemeldeten Ausbildungsplätze der Betriebe und die Summe aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten jungen Menschen im Jahr 2011 (833.238) hinzunehmen, hat fast jeder Dritte keinen Ausbildungsplatz erhalten (Einmündungsquote 68,4 Prozent). Junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten nur zu einem Drittel einen Ausbildungsplatz.

Wir halten also fest: Fast 300.000 Menschen befinden sich im sogenannten Über-

gangssystem und immer noch haben wir 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsausbildung, nehmen wir die Menschen bis 34 Jahren hinzu, sind es schon 2,2 Millionen.

Menschen ohne Berufsausbildung brauchen Perspektiven und keine Bundesregierung, die die Zahlen schönrechnet. Es muss endlich Schluss sein mit Ihren Zahlenspielertricks.

Wenn ich Ihnen nun sage, dass es über 2 Millionen Menschen gibt, die eine Berufsausbildung absolvieren möchten, dann würde ich sofort von Ihnen hören, dass all diese Menschen nicht ausbildungsreif sind, nicht passgenau sind, nicht qualifiziert sind.

Aber meine Damen und Herren, wir wissen, dass von den 2,2 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren 1,8 Millionen einen Schulabschluss haben. Gut 800.000 verfügen sogar über eine Studienberechtigung (356.000) oder über einen mittleren Schulabschluss (454.000). Fast eine Million verfügt über einen Hauptschulabschluss.

Wir haben also keinen Mangel an Menschen mit formalen Zugangsvoraussetzungen, sondern einen Mangel an Ausbildungsplätzen.

Aus diesem Grunde bleiben wir als Linke weiterhin dabei: Das Recht auf Ausbildung für alle umsetzen und endlich die Ausbildungsumlage - also eine gemeinsame Verantwortung der Betriebe für eine Ausbildung für alle - einführen.

Heute aber bilden nur noch 22 Prozent der Betriebe aus. Die Arbeitgeber lassen darauf hin immer wieder hören, dass man doch erstens beachten muss, dass nur gut die Hälfte der Betriebe ausbilden darf und zweitens kleine Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können.

Hier stellt sich mir die Frage, warum denn nur gut die Hälfte der Betriebe ausbilden

darf? Erinnern wir erst einmal an die Zeit, als die Ausbildereignungsprüfung aufgehoben wurde, um das Angebot an Ausbildungsplätzen zu erweitern. Resultat war, dass nicht mehr Ausbildungsplätze angeboten wurden. So wurde die Ausbildereignungsprüfung wieder eingeführt. Was also hindert Betriebe daran auszubilden? In Gesprächen mit Kleinbetrieben stelle ich immer wieder fest, dass kaum Zeit da ist, sich mit den Auszubildenden zu beschäftigen, dass der Druck sehr groß ist, jeden Auftrag schnell und fachgerecht auszuführen, um zu überleben und nicht so viel Wissen vermittelt werden kann, was Auszubildende alles lernen müssen bzw. die Azubis zu Beginn zu wenig wissen, um eine Hilfe bei der Arbeit zu sein. Auf die Frage, wie sie denn die Zukunft ihres Betriebes mit Fachkräften ausgestalten, um längerfristig zu überleben, erhalte ich oft nur Schulterzucken.

Nur wer langfristig plant und nicht kurzfristig denkt, wird auch Perspektiven für seinen Betrieb und für die Beschäftigten schaffen. Deshalb bleiben wir dabei: Wir wollen das Recht auf Ausbildung umsetzen und die Ausbildungsumlage einführen. Wer ausbildet, wird unterstützt.

ZUM WEITERLESEN: www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/weiterhin-ungeloeste-probleme-ausbildungsmarkt/

Aus diesem Grund stehen wir als Linke in unserem Antrag dafür, dass insbesondere kleinere Betriebe dabei unterstützt werden, wenn sich Beschäftigte auf den Weg machen, eine Ausbildereignungsprüfung zu erwerben. Sie sollen gefördert werden, wenn sie erstmals oder zusätzlich einen Ausbildungsplatz einrichten oder Ausbildungen im Verbund einrichten. Bei Bedarf können Auszubildende ausbildungsbegleitende Maßnahmen in Anspruch nehmen.

Kommen wir kurz zu dem Vorurteil, dass wir als Linke nur immer fordern, nicht aber konkrete Alternativen bieten. Meine Damen und Herren, ich selbst bilde eine sogenannte Altbewerberin aus und ich frage nun all die an-

wesenden Abgeordneten der Regierungsfractionen, wer überhaupt im Abgeordnetenbüro ausbildet? Und wer von diesen Abgeordneten eine Altbewerberin eingestellt hat, um genau solch einem Menschen mit, wie man so schön sagt „Vermittlungshemmnissen“ eine Chance zu geben?

Als Arbeitgeberin eines Kleinbetriebes kann ich Ihnen sagen, dass meine Büroleitung die Ausbildereignungsprüfung absolviert hat, dass sie selbstverständlich dadurch eine Zulage erhält, und dass die Auszubildende eine angemessene Ausbildungsvergütung erhält, vor allem aber möchte ich Ihnen sagen: Ausbildung lohnt sich, für den Betrieb, aber vor allem für die junge Frau, die durch die Ausbildung neue Perspektiven für ihren Lebensweg erhält.

Und das genau ist unsere Aufgabe in der Politik: Perspektiven für alle schaffen.

Dies sage ich nicht zum ersten Mal. An dieser Stelle hören wir immer den Einwurf der CDU/CSU und der FDP, dass sie doch so viel getan haben. Angefangen bei den Bildungsketten, über die dazugehörigen Berufseinstiegsbegleitungen und den Eingangsqualifizierungen und der Forderung, dass doch erst einmal die offenen Ausbildungsplätze besetzt werden sollen, bis hin zu der Aussage, dass sich durch den demografischen Wandel die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Laufe der nächsten Jahre entspannen wird.

Lobenswert könnte man an dieser Stelle hervorheben, dass es im Gegensatz zum Vorjahr das Angebot an Ausbildungsplätzen leicht gestiegen ist, dennoch sind 45.000 Ausbildungsplätze weniger als 2007 angeboten worden. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung könnte der Weg sein, Berufsorientierung in den Schulen über die Bildungsketten zu installieren. Ob jedoch eine Potentialanalyse bei 13- bis 14-Jährigen der zentrale Ausgangspunkt darstellen soll, halten wir für sehr fragwürdig. Doch als Linke sage ich Ihnen auch ganz klar: All Ihre Maßnahmen werden nicht dazu führen, dass all die jungen Menschen garantiert einen Ausbildungsplatz erhalten, wenn Sie die Betriebe nicht in die Verantwortung nehmen,

ein auswahlfähiges Angebot bereitzustellen, so wie es unser Grundgesetz im Artikel 12 vorsieht.

Schauen wir uns die Einstiegsqualifizierungen als Maßnahme zur Aufnahme eines Ausbildungsplatzes näher an, so müssen wir Folgendes feststellen: Gedacht waren die Einstiegsqualifizierungen, damit junge Menschen mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven höhere Chancen erhalten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Die Betriebe haben über einen Zeitraum von sechs bis 12 Monaten die Chance, diese Menschen im Berufsalltag kennenzulernen. Die Arbeitgeber erhalten dafür einen Zuschuss von 216,00 Euro Vergütung zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag.

Die Auswertung über die Einstiegsqualifizierungen aber hat ergeben, dass nicht nur junge Menschen eine Einstiegsqualifizierung erhalten haben, die benachteiligt waren, sondern auch zur Hälfte junge Menschen mit Realschulabschluss/mittlerem Schulabschluss und Abitur. Wenn man auf die Eingliederungsquote von über 60 Prozent eingeht, stellt sich hier die Frage, wie viele von diesen jungen Menschen es waren, die keinen oder einen geringen Schulabschluss haben. Weiterhin ist hervorzuheben, dass der begleitende Berufsschulunterricht nicht Pflicht war und häufig nicht in Anspruch genommen worden ist. Und die Vereinbarung, dass ein Zertifikat über die erworbenen Qualifikationen ausgestellt wird, wurde fast nie erfüllt.

Grundsätzlich kann das Instrument der Einstiegsbegleitung ein guter Übergang zur Ausbildung sein, aber nur dann, wenn mit Aufnahme der Einstiegsbegleitung auch ein Ausbildungsvertrag unterschrieben wird.

Die Grundregel für uns als Linke lautet: Alles, was der Staat finanziell fördert, muss auch verlässlich in Ausbildung führen. Dies gilt sowohl für Menschen, die direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz suchen als auch für die, die schon lange eine Ausbildung absolvieren wollten. Beide Gruppen müssen in Ausbildung integriert werden, (die Fokussierung der

Bundesregierung auf diejenigen, die noch in der Schule sind reicht nicht aus, um Perspektiven für alle zu schaffen). Außerdem sind auch alle Maßnahmen dahingehend zu überprüfen, ob sie perspektivisch verlässlich in Ausbildung führen.

Wenden wir uns jetzt der Frage zu, warum bestimmte Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Hier kommen zum einen die regionalen Ungleichgewichte zum Vorschein: Während in Bayern und an der Ostseeküste in verschiedenen Berufen Auszubildende gesucht werden, sind in Herford und Bremen zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden.

Weiterhin gibt es große Unterschiede in den einzelnen Branchen. So geht das Bundesinstitut für Berufsbildung davon aus, dass in Büroberufen und in wirtschaftswissenschaftlichen Berufen auch noch im Jahre 2030 ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot zur Verfügung steht. Ganz anders sieht es zum Beispiel im Hotel- und Gaststättenbereich aus. So kommen in der Gastronomie nur 37 BewerberInnen auf 100 Ausbildungsstellen. Die Gründe hierfür liegen in der geringen Vergütung und der schlechten Qualität der Ausbildung. Außerdem kennzeichnen hohe Abbrecherquoten und geringe Übernahmequoten genau die Branchen, die Schwierigkeiten haben, Ausbildungsplätze zu besetzen. (Bei Restaurantfachkräften liegt diese bei 47,6 Prozent, bei Köchen und Köchinnen bei 46,3Prozent.)

Deshalb gilt: Ausbildungen, die durch Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und schlechte Vermittlung der Ausbildungsinhalte gekennzeichnet sind, sind mehr Ausbeutung statt Ausbildung und keine Alternative für junge Menschen, die sich eine Perspektive aufbauen wollen.

Deshalb fordern wir als Linke: Die duale Ausbildung muss attraktiv bleiben: Ausbildungsqualität, gute Vergütungen in der Ausbildung, Übernahme mit guten Tarifen und Aufstiegsmöglichkeiten sind für uns die Standbeine der Zukunft.

Die Bundesregierung und die Arbeitgeber vermitteln häufig das Bild, dass die rückgängigen SchülerInnenzahlen automatisch

ausreichend Ausbildungsplätzen für alle in Zukunft schaffen werden und auch all diejenigen integriert werden können, die bisher keinen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Schauen wir uns hierzu an, welchen Stellenwert die Integration von jungen Menschen ohne Berufsausbildung für die Regierung hat. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Ausschussdrucksache 17(11)917) schätzt die Wirksamkeit von unterschiedlichen Gruppen zur Fachkräftemobilität folgendermaßen ein: Die Arbeitszeit von erwerbstätigen Frauen auszuweiten und Ältere länger in Arbeit zu halten, sei kurz- und mittelfristig sehr wirksam. Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und die Aktivierung von (Langzeit)arbeitslosen hätten eine geringe Wirksamkeit.

Mittel- bis langfristig lohnt es sich, nicht erwerbstätige Mütter zu integrieren und die Betreuung und Bildung für Kinder auszubauen. Im Gegensatz dazu geht das Ministerium von einer geringen Wirksamkeit aus, Frauen für MINT-Berufe zu interessieren - und die geringste Wirksamkeit bestehe darin, mehr Jugendliche in Berufsausbildung zu integrieren.

Junge Menschen ohne Berufsausbildung sind die Letzten in der Kette. Erst, wenn gar nichts mehr helfe, könnten mehr junge Menschen in Ausbildung integriert werden.

Das zur Bedeutung von jungen Menschen ohne Berufsausbildung in dieser Gesellschaft.

Das, meine Damen und Herren, nenne ich vorsätzlichen Ausschluss aus der Gesellschaft.

Sie handeln vorsätzlich, weil sie all diese Menschen ohne Ausbildung Perspektiven in unserer Gesellschaft verwehren. 49 Prozent der jungen Beschäftigten zwischen 15 und 25 Jahren arbeiten heute im Niedriglohnbereich, im Gastgewerbe sind es 87 Prozent. Sie werden weiterhin oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen leben müssen, ausgegrenzt von der gesellschaftlichen Teilhabe.

Als Linke fordern wir hier einen Kurswechsel:

Wir wollen das Recht auf eine vollqualifizierte Ausbildung für alle umsetzen. Dafür

müssen wir die Betriebe in die Pflicht nehmen, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Finanziert werden kann dieses Recht über eine solidarische Umlagefinanzierung.

Damit wir die 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Ausbildung integrieren, wollen wir ein Sofortprogramm von 1,5 Milliarden. Wir müssen alle Wege nutzen, um diese Menschen über Ausbildung wieder am Arbeitsleben teilhaben zu lassen, hierzu müssen auch Wege über Weiterbildungen mit Berufsabschlüssen gegangen werden.

ZUM WEITERLESEN: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/108/1710856.pdf

Besonders schlechte Perspektiven haben bei Ihrer Politik Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen und Frauen. Der Anteil aller mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt nur noch bei rund 40 Prozent. Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund werden bei der Vergabe von Ausbildungsstellen oft nicht berücksichtigt. Nur jeder dritte Mensch Migrationshintergrund erhält einen Ausbildungsplatz, und das bei gleichem Interesse und gleichen Abschlüssen.

Das ist verantwortungslos!

Das große Konzept dieser Regierung heißt seit 2010: Der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs. Doch hier tut sich noch immer nichts. Es reicht eben nicht, mit den Arbeitgebern Absichtserklärungen auf einem Stück Papier zu vereinbaren. Es muss endlich verbindlich für alle Menschen ohne Berufsausbildung gehandelt werden. Schaffen Sie Ausbildungsplätze und führen Sie die Ausbildungsumlage ein.

Frau Ministerin Schavan, Sie schwadronieren mit dem dualen System in ganz Europa und der ganzen Welt. Garantieren Sie (zu Hause) endlich allen eine gute Ausbildung, damit man Ihnen wieder glauben kann.

Agnes Alpers

Agnes Alpers Aktuell

Leiten Sie unseren Newsletter gerne an FreundInnen, KollegInnen und andere Interessierte weiter.
Wenn Sie unseren Newsletter kostenlos abonnieren oder abbestellen möchten, reicht eine E-Mail an:
agnes.alpers@wk2.bundestag.de

Bisher sind folgende Newsletter erschienen, die Sie unter www.agnes-alpers.de nachlesen können:

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 1**

20 Jahre Wiedervereinigung / Veränderung der Regelsätze für Hartz IV durch die Bundesregierung

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 2**

Ausverkauf des Sozialstaates per „Sparpaket“

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 3**

Obdachlosigkeit

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 4**

Kein Raum für Neonazis

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 5**

Titelthema: Das Bildungs- und Teilhabepaket

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 6**

Behinderungen im Alltag

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 7**

Die Weihnachtsausgabe 2011

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 8**

Lebensmittelverschwendung und Containern

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 9**

Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers Sandbostel bei Bremervörde

**Agnes Alpers Aktuell
Newsletter Ausgabe 10**

Der sozial geförderte Wohnungsbau in Bremen war unser Titelthema im September 2012.

Impressum: Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Agnes Alpers

Redaktion: Agnes Alpers, Sabine Bomeier, Lars Fischer, Martina Foge, Florian Grams

Bildnachweis: Alle Fotos von Lars Fischer, außer S.1 unten: fr, S. 6 und 7 sowie S. 18: Sabine Bomeier, S. 10: Kinderhospiz Löwenherz, S. 12: Michael Horn, S. 14: Schattenriss

Anschrift: Wahlkreisbüro Agnes Alpers
Doventorstr 2, 28195 Bremen
Tel. 0421 - 16 53 974, Fax 0421 - 17 83 980
E-Mail: agnes.alpers@wk.bundestag.de

© 2012 by AutorInnen und Agnes Alpers

Sämtliche Texte und Bilder in diesem Newsletter dürfen – auch auszugsweise – ohne ausdrückliche Genehmigung der UrheberInnen in keiner Form (zum Beispiel Druck, Fotokopie, digitale oder elektronische Vervielfältigung) in anderen Medien verwendet werden. Der Newsletter darf aber ohne Genehmigung zu ausschließlich nicht-kommerziellen Zwecken gerne weitergeleitet und verbreitet werden.